

# Frieden und Gewalt in Kolumbien

Das Ende marxistischer Guerillas in Lateinamerika ist nah. Kolumbiens Regierung verhandelt mit den letzten Aufständischen, der FARC und dem ELN. Doch die verbreitete Gewalt wird mit einem Friedensabkommen nicht verschwinden, da mit einer Neuorganisation der kriminellen Unterwelt und anhaltender Alltagsgewalt zu rechnen ist. Hoffnung erwächst aus dem Beispiel urbaner Innovation von Medellín.

Von Enzo Nussio

Die kolumbianische Regierung von Präsident Juan Manuel Santos verhandelt derzeit mit den ältesten kommunistischen Guerilla-Gruppen Lateinamerikas, den *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC) und seit kurzem auch mit dem kleineren *Ejército de Liberación Nacional* (ELN). Besonders die Unterzeichnung eines Friedensabkommens mit der FARC scheint demnächst möglich. Präsident Santos verkauft die Verhandlungen in Havanna international als gute Neuigkeiten in einer von Krisen geplagten Welt.

Die breite Bevölkerung Kolumbiens bleibt allerdings skeptisch. In einer Umfrage vom März 2016 zeigen sich rund zwei Drittel pessimistisch gegenüber der Verhandlungen; fast die Hälfte bevorzugt einen Abbruch der Gespräche und eine militärische Bekämpfung der FARC. Viele Kolumbianer glauben nicht an ein Abkommen mit den Aufständischen, denen man nicht trauen könne, und gehen davon aus, dass die Gewalt in Kolumbien nicht auf dem Verhandlungsweg zu beseitigen sei. «Frieden» wird gemeinhin als unrealistische Utopie wahrgenommen, auch wenn die FARC- und ELN-Kämpfer ihre Waffen niederlegen sollten. Den hoffnungsvollen Aussichten zum Trotz wird die breite Bevölkerung mit ihrem Pessimismus wohl Recht behalten: Ein Ende der politischen Gewalt würde noch lange kein Ende der sozialen und kriminellen Gewalt im Land bedeuten.



Ein historischer Moment: Am 23. September 2015 gaben sich Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos und FARC-Kommandant Rodrigo Londoño alias «Timochenko» in Kuba die Hand. A. Meneghini / Reuters

## Der längste Konflikt im Westen

Der bewaffnete Konflikt in Kolumbien zwischen kommunistischen Rebellen und Regierungskräften begann in den 1960er-Jahren, als mehrere von der kubanischen Revolution inspirierte Gruppen zu den Waffen griffen (siehe Box auf S. 3). Sie reagierten damit auf einen 1958 nach langjährigem gewaltsamem Konflikt besiegelten Friedenspakt der Elite, mit dem die Macht im Land zwischen den Liberalen und Konservativen aufgeteilt wurde. Die gesamte Linke wurde damit de facto vom

politischen Betrieb ausgeschlossen. Die beiden ältesten Gruppierungen, die FARC und der ELN, sind heute noch aktiv. Die meisten anderen Guerillas haben ihre Waffen im Verlauf der 1990er-Jahre abgegeben.

Der Konflikt war lange von niedriger Intensität geprägt, hat über die Jahrzehnte aber rund 220'000 Todesopfer gefordert und über 5 Millionen Menschen zu Binnenflüchtlingen gemacht. Gegen Zivilisten – rund 80 Prozent der Kriegsoffer – sind besonders rechte paramilitärische Einhei-

ten brutal vorgegangen. Diese von der Regierung lange Zeit geduldeten, aber illegalen Privatarmeen, die auf der Seite der Armee die Guerillas bekämpften, haben über tausend Massaker verübt. Mit ihrer Terrorkampagne wollten sie die Zusammenarbeit der lokalen Bevölkerung mit den Guerilla-Gruppen unterbinden und haben dabei um den Jahrtausendwechsel unzählige Unbeteiligte ermordet. Die Paramilitärs wurden zwischen 2003 und 2006 auf Betreiben der Regierung demobilisiert.

Unter Präsident Álvaro Uribe (2002–2010) wurde vor allem die FARC frontal attackiert. Dank grosszügiger Militärhilfe aus den USA und einer Professionalisierung der Armee hat diese Strategie die Aktivitäten der Aufständischen spürbar verringert. Uribe hat die FARC dabei konsequent als «Narco-Terroristen» dargestellt: Die FARC malträtierte Zivilisten und erwirtschaftete überdies mit dem Drogenhandel und Entführungen riesige Geldsummen.

Heute hat die FARC laut Schätzungen des Militärs rund 6700 Mitglieder – im Jahr 2002 waren es noch über 20'000. Seit 2002 sind mehr als 17'000 FARC-Angehörige desertiert und in ein Reintegrationsprogramm aufgenommen worden, häufig im

## Trotz weit verbreiteter Skepsis in der Bevölkerung ist eine baldige Vertragsunterzeichnung möglich.

Tausch gegen strategisch wichtige Informationen. Uribe kann mit Recht behaupten, dass er die FARC mit seiner Politik in die Ecke gedrängt und weite Gebiete Kolumbiens wieder für Tourismus und Handel geöffnet hat. Massive Menschenrechtsverletzungen beim Vormarsch der Regierungstruppen und die rechtsstaatlich fragwürdige Demobilisierung der Paramilitärs hat die Bevölkerung als Preis für eine verbesserte Sicherheitslage weitgehend akzeptiert. Dass sich diese verbessert hat, hängt auch mit einem verstärkten Fokus auf den Sicherheitsbereich abseits des Konflikts, etwa die Verbrechensbekämpfung in den Städten, zusammen. Ab 2003 kam es so zu einer allgemeinen Verminderung der Tötungsdelikte in Kolumbien (vgl. Grafik S. 3).

### Sechs Punkte für den Frieden

Trotz der Schwächung der FARC in den letzten Jahren ist sie militärisch schwer zu besiegen. Kolumbien bietet mit drei Anden-Ketten und weiten Tropenwäldern eine ideale Topografie für den Guerilla-

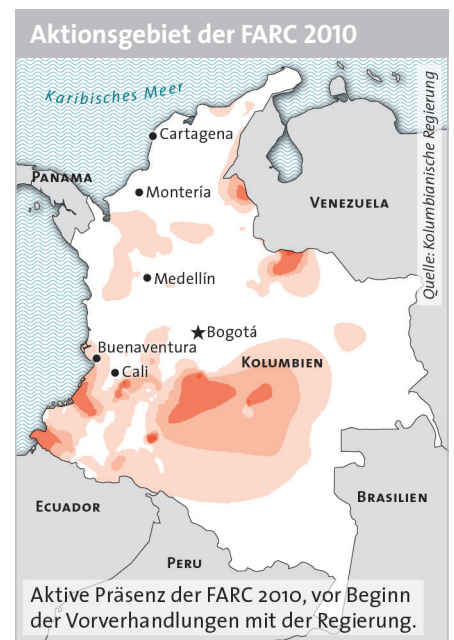
Krieg. Die finanziellen Ressourcen aus dem Drogenhandel und neuerdings auch aus dem illegalen Abbau von Gold sind weiterhin vorhanden. Ausserdem hat sich die FARC ab 2008 mit einem neuen Schlachtplan etwas Luft verschafft und strategische Flexibilität bewiesen. Aus diesen Gründen setzt der seit 2010 amtierende Präsident Santos auf Verhandlungen, ungeachtet der heftigen Opposition seines populären Amtsvorgängers Uribe.

Santos hat seine Lehren aus den gescheiterten Verhandlungen von Präsident Andrés Pastrana (1998–2002) mit der FARC-Guerilla gezogen. Anders als Pastrana hat Santos seine Verhandlungsabsichten im Wahlkampf um die Präsidentschaft nicht offen gelegt, und hat nach seiner Wahl geheim vorverhandelt. Das Resultat der Vorverhandlungen war eine strikt begrenzte Agenda von sechs Punkten zu den Themen Agrarentwicklung, politische Partizipation, Konfliktende, illegale Drogen, Kriegsoffer und Vertragsumsetzung.

Während die Verhandlungen unter Pastrana in einer entmilitarisierten Zone von der Grösse der Schweiz in den ländlichen Stammlanden der FARC stattfanden, wird jetzt in Kuba verhandelt. Ausserdem geht der Konflikt vorerst ohne gegenseitigen Waffenstillstand weiter. Die Konfliktintensität hat aber nach wiederholten einseitigen Feuerpausen der Guerilla und einer Deeskalation der regulären militärischen Aktivitäten stark abgenommen und war 2015 so tief wie noch nie seit Beginn des Konflikts.

Bei der offiziellen Ankündigung der Verhandlungen im September 2012 hat Santos eine Dauer von «Monaten, nicht Jahren» versprochen. Obwohl dieses Versprechen gebrochen wurde, haben die Verhandlungsteams in Havanna grosse Fortschritte gemacht und Teilabkommen zu vier Punkten abgeschlossen. Der Miteinbezug der Stimme der Kriegsoffer und eine Unterkommission, welche die spezifischen Anliegen der Frauen aufnimmt, verleihen den Verhandlungen eine besondere Qualität. Darüber hinaus wird das Grundgerüst zur rechtlichen Abwicklung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit als juristische Meisterleistung bezeichnet.

Trotz weit verbreiteter Skepsis in der Bevölkerung ist eine baldige Vertragsunterzeichnung möglich. Die Ausarbeitung wichtiger Details zum Strafmass für Kriegsverbrecher, die konkrete Logistik der



Entwaffnung der Guerilla und der Legitimationsmechanismus des Vertragsinhalts (Volksreferendum versus verfassungsgebende Versammlung) haben die eigentlich für März 2016 geplante Unterzeichnung des Friedensvertrags aber verzögert.

### ELN mit Verspätung

Wichtig für die Zeit nach einer FARC-Entwaffnung ist die Rolle des ELN, der unter Mithilfe von Fidel Castro und im Geiste der lateinamerikanischen Befreiungstheologie 1964 entstanden ist. Die Regierung strebt zwar auch mit dem ELN eine Verhandlungslösung an, aber bereits die geheimen Annäherungen dauerten mehr als zwei Jahre. Am 30. März 2016 kündigte Präsident Santos an, dass mit dem ELN eine separate Agenda verhandelt wird.

Die Regierung hat verstanden, dass ein Abkommen mit der FARC ohne ein gleichzeitiges Abkommen mit der ELN-Guerilla fatale Folgen haben könnte: Wieder wäre Kolumbien mit einer Teillösung des jahrzehntealten Konflikts konfrontiert; wieder könnte die Armee für die militärische Aufstandsbekämpfung grosse Ressourcen beanspruchen; und wieder könnte eine bestehende illegale Gruppierung als Auffangbecken für frustrierte Ex-Kriegsteilnehmer dienen. Ein zweiter Verhandlungstisch mit dem ELN wird eine definitive Lösung des Konflikts und eine Abstimmung über die jeweiligen Friedensverträge wohl verzögern. Aber es ist vorzuziehen, auch den ELN an Bord zu haben.

Die Erfolgchancen für die Verhandlungen mit dem ELN sind jedoch schwer einzuschätzen. Verschiedene Präsidenten vor Santos sind beim Versuch, mit dem ELN zu verhandeln, gescheitert. Die ELN-Führer sind bedeutend dogmatischer als die FARC-Kommandanten. Manchen gilt der ELN als sektenähnliche Organisation, die mit ihrer flachen Hierarchie nur schwerfällig Entscheidungen fällt. Ausserdem könnte die Regierung bei Verhandlungsschwierigkeiten versucht sein, die relativ kleine ELN-Guerilla mit geschätzten 1600 bewaffneten Mitgliedern militärisch zu bekämpfen.

### Kriminelle Nachfolgeorganisationen

Was würden Friedensverträge mit der FARC als auch dem ELN für die Gewalt in Kolumbien bedeuten? Mit dem Verschwinden wichtiger Gewaltakteure müsste sie eigentlich abnehmen. Zudem wäre es dem Staat bei einem Ende des Konflikts möglich, sein Budget auf die Reduktion sozialer Ungleichheit und die Bekämpfung der Alltagsgewalt zu konzentrieren. Doch es ist auch absehbar, dass die Friedenstransition eine Neuausrichtung der kriminellen Unterwelt hervorbringen wird.

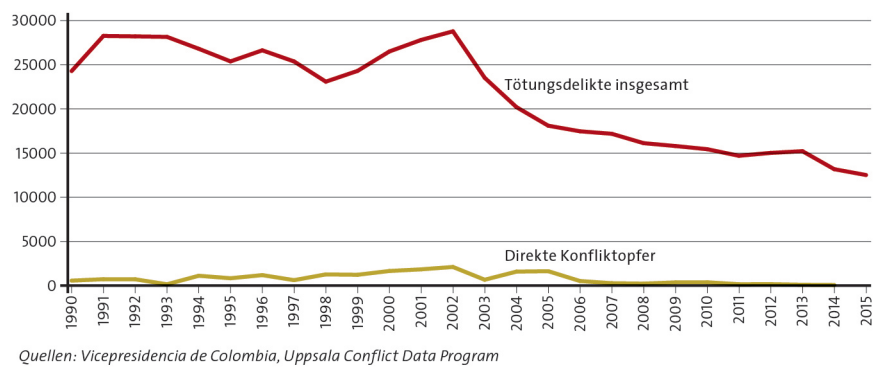
Nicht alle Aufständischen werden sich entwaffnen lassen und ins Zivilleben eintreten. Allen vergangenen Friedensprozessen mit bewaffneten Gruppierungen in Kolumbien war gemein, dass sich ein Teil der Kämpfer verschanzte, um weiter von den lukrativen Einkommensquellen der Kriegsökonomie zu profitieren. Aus jeder der in den 1990er-Jahren entwaffneten Guerilla-Gruppierungen sind kleinere Gruppen von Kidnappern und Drogenhändlern hervorgegangen.

Vor allem die Demobilisierung der rechten Paramilitärs Mitte der 2000er-Jahre hinterliess ein Sammelsurium krimineller Folgeorganisationen. Die Regierung hat diese Organisationen unter dem Kürzel «Bacrim» zusammengefasst (von «bandas criminales» – kriminelle Banden). Unabhängige Beobachter nennen sie häufig Neoparamilitärs. Man könnte sie auch als eine neue Generation kolumbianischer Mafia bezeichnen. Klar ist, dass diese Organisationen von demobilisierten Kaderleuten der Paramilitärs angeführt werden und sich am Drogenhandel, der Schutzgelderpressung und dem illegalen Abbau von Gold bereichern.

Der damalige Chef der kolumbianischen Polizei bezeichnete sie 2011 als grösste Bedrohung für die nationale Sicherheit. Je nach Schätzung zählten diese Gruppen be-

### Chronik des Konflikts und Opfer von Gewalt in Kolumbien

- 1964: Gründung der Guerilla-Gruppen FARC und ELN
- 1970er: Drogenhandel kommt auf: erst Marihuana, dann Kokain
- 1980er: Entstehung paramilitärischer Einheiten als Reaktion auf die Guerillas
- 1990/1991: Erfolgreicher Friedensprozess mit mehreren Guerilla-Gruppen (u.a. M-19 und EPL)
- 1994–2005: Höchste Konfliktintensität
- 1998–2002: Gescheiterte Verhandlungen mit der FARC
- 2003–2006: Demobilisierung der paramilitärischen Einheiten
- 4.9.2012: Offizieller Start neuer Verhandlungen mit der FARC
- 20.11.2012: FARC kündigt während der Verhandlungen den ersten unilateralen Waffenstillstand an
- 2015: Niedrigste Konfliktintensität seit Bestehen des Konflikts
- 23.9.2015: Erstes Treffen zwischen Präsident Santos und FARC-Chef Londoño alias Timochenko in Havanna zur Ankündigung eines nahenden Abkommens (siehe Bild S.1)
- 30.3.2016: Offizieller Start der Verhandlungen mit dem ELN



reits 2009 zwischen 4000 und 11'000 Mitglieder. Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen *Bacrim* haben in gewissen Teilregionen, zum Beispiel in der Umgebung Monterías im Norden oder im Südwesten des Landes, zu einem Anstieg der Gewalt geführt. Erst nach der Konsolidierung der Banden in grösseren Konglomeraten (vor allem *Clan Úsuga*, *Rastrojos* und ERPAC) hat sich dort das Gewaltniveau wieder stabilisiert.

Einiges spricht aber dafür, dass die Entwaffnung der linken Guerillas weniger kriminelle Nachfolgeorganisationen hervorbringen würde. Die Guerillas haben eine stärker ausgeprägte politische Ideologie als die ehemaligen Paramilitärs. Die meisten FARC-Guerilleros drücken einmal pro Woche die Schulbank im Fach marxistische Indoktrination. Wenn die FARC ein reines Drogenkartell wäre, wie ihre grössten Feinde behaupten, würde sie wohl nicht derart grosse Ressourcen in die ideologische Bildung stecken. Ein Ausscheren in den kriminellen Untergrund wird daher wohl nicht im gleichen Masse geschehen, wie es bei den opportunistischeren paramilitärischen Einheiten der Fall war: Rund 37 Prozent der Ex-Paramilitärs haben nach ihrer Demobilisierung ein Delikt begangen und 10 Prozent sind ermordet wor-

den, die meisten im Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten.

Das Potenzial der Gewaltreduktion wäre aber auch bei einer kompletten Guerilla-Entwaffnung begrenzt. Bestehende kriminelle Organisationen sind daran interessiert, die illegalen Finanzströme, welche die Guerillas über Jahre versorgt haben, in Zukunft selbst anzuzapfen. Dies könnte zu wiederholten Zusammenstössen zwischen bereits existierenden kriminellen Formationen und neuen Gruppierungen führen, nun auch in den historischen Stammlanden der Guerilla.

### Anhaltende Kultur der Gewalt

Ein Ende des Konflikts wird die Gewalt in Kolumbien also nicht zum Verschwinden bringen. Die direkten Konfliktopfer haben in den letzten 25 Jahren nie mehr als 10 Prozent der Mordrate des Landes ausgemacht (siehe Grafik auf S. 3). Die absolute Mehrheit der Tötungsdelikte in Kolumbien steht folglich nicht in direktem Zusammenhang mit dem Konflikt. Seit den 1980er-Jahren haben kolumbianische Akademiker – die so genannten «Violentologen» – auf die Prävalenz von Gewalt, die abseits des militärischen Konflikts stattfindet, aufmerksam gemacht. Der Löwenanteil der Gewalt hängt mit organisierter

## Die Schweiz und der Frieden in Kolumbien

Seit geraumer Zeit unterstützt die Schweiz die Friedensbemühungen in Kolumbien. Als die Regierung von Andrés Pastrana (1998–2002) mit den Guerillas verhandelte, zählte die Schweiz sowohl bei den Verhandlungen mit dem ELN als auch mit der FARC zu den so genannten «**paises amigos**» (den befreundeten Staaten). Nach dem Scheitern der Verhandlungen hielt die Schweiz über ihren Vermittler Jean-Pierre Gontard ihre Kontakte zu den beiden Gruppierungen aufrecht und wirkte in Absprache mit der kolumbianischen Regierung unter anderem auf die Befreiung von Geiseln hin. Diese Kontakte wurden jedoch im Jahr 2008 abgebrochen, nachdem die Regierung von Álvaro Uribe dem Schweizer Vermittler eine **zu grosse Nähe zur FARC** vorgeworfen hatte. Seither wurde die Schweiz nicht mehr als Vermittlernation berücksichtigt. Als einzige europäische Nation ist momentan Norwegen an den laufenden Verhandlungen mit der FARC und dem ELN beteiligt.

Abgesehen vom grossen Schaulaufen der Friedensverhandlungen hat die Schweiz über ihre Programme der Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) **kontinuierlich zum Frieden in Kolumbien beigetragen**. Die AMS unterstützt den Friedensprozess mit technischer Expertise – zu Themen wie Waffenstillstand und Partizipationsmechanismen für die Zivilgesellschaft – sowie «von unten» über zivilgesellschaftliche Organisationen. Seit 2006 setzt sich die Schweiz für die Aufarbeitung der Konfliktvergangenheit ein, was ausgezeichnete Forschungen zu Gräueltaten und Dialoge zum Geschichtsverständnis ermöglicht hat. Weiter spielt die Schweiz eine aktive Rolle beim Schutz von Menschenrechtsaktivisten, beim Landrückgabeprozess für interne Vertriebene und in anderen Teilbereichen des momentanen Friedensprozesses.

Für ihre Programme in Kolumbien, dazu gehört neben der AMS und der DEZA auch dasjenige des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), hat die Schweiz im Jahr **2016 27,5 Millionen Franken budgetiert**. In den kommenden Jahren werden alle Kooperationsprogramme auf die Umsetzung der möglichen Friedensabkommen fokussiert.

Kriminalität, häuslicher Gewalt und Kleinkriminalität auf den Strassen der Grossstädte zusammen. Kolumbien hat in den letzten Jahren in Sachen Gewaltreduktion zwar grosse Fortschritte erzielt, aber die Mordrate ist immer noch hoch: 2015 gab es 25 Tötungsdelikte pro 100'000 Einwohner. Diese Rate ist höher, als sie in Mexiko seit Beginn des Krieges gegen die Drogenkartelle im Jahr 2006 je gewesen ist.

Darüber hinaus wird die Sicherheitssituation generell negativ wahrgenommen. Laut einer Umfrage von 2015 fühlen sich die meisten Bewohner der Hauptstadt Bogotá unsicher: Nur 28 Prozent sagen, dass sie in einer sicheren Nachbarschaft leben. Dieses Unsicherheitsgefühl ist stark von der allgegenwärtigen Kleinkriminalität bestimmt. 38 Prozent der befragten Hauptstädter oder ihre engsten Familienmitglieder wurden im vorangegangenen Jahr Opfer eines Kriminaldelikts. Die allermeisten davon wurden bestohlen. Zusammen mit dem anhaltenden Konflikt hat diese Alltagsgewalt über die Jahre zu einer Erosion des zwischenmenschlichen Vertrauens geführt. Gleichzeitig hat sich eine Kultur der Gewalt in der kolumbianischen Gesellschaft eingependelt, die nur schwer zu überwinden ist.

Trotz dieses ernüchternden Gewaltpanoramas ist eine Verhandlungslösung die beste Alternative, um den anachronistischen Konflikt in Kolumbien endlich zu beenden. Es ist paradox, dass die kolumbianische Regierung 1982 als eine der ersten in Lateinamerika versucht hat, mit marxistischen Aufständischen zu verhandeln, und nun erst lange nach El Salvador, Nicaragua oder Guatemala dieses Kapitel des Kalten Kriegs wird schliessen können. In diesen Ländern haben die linksgerichteten Kräfte nach dem Friedensschluss mehr erreicht als durch den bewaffneten Kampf und wurden gar in die Regierung gewählt. Auch in Kolumbien könnte die legal agierende Linke grösseren Einfluss ausüben, wenn sie nicht mehr wie bisher mit den Guerillas in Verbindung gebracht wird. Das Entfaltungspotenzial der politischen Linken und zivilgesellschaftlicher Organisationen wird darum mit einem Friedensabkommen erhöht. Dies könnte indirekt zu politischen und sozialen Reformen und damit zu einer Vertiefung der Demokratie führen.

### Das Wunder von Medellín

Hoffnung auf eine friedlichere Zukunft macht zudem, dass die Sicherheitskräfte in Kolumbien besser auf die Transformation

der kriminellen Organisationen vorbereitet sind, als dies etwa in den zentralamerikanischen Staaten in den 1990er-Jahren der Fall war. Die kolumbianische Polizei und das Militär haben mehr als 30 Jahre Erfahrung in der Bekämpfung von Drogenbaronen und haben sich stetig professionalisiert.

In Guatemala und El Salvador ist die Gewalt in der Nachkonflikt-Phase teils dramatisch angestiegen, vor allem in städtischen Umgebungen, wo sich Jugendbanden seither tödliche Kämpfe liefern. Auch wenn dies in gewissen kolumbianischen Städten wie Cali oder Buenaventura bereits Realität ist, haben gerade Stadtregierungen in Kolumbien innovative Reformen getätigt, um die urbane Gewalt zu bekämpfen. Trotz der negativen Sicherheitswahrnehmung ist in Bogotá die Mordrate heute viermal kleiner als Anfang der 1990er-Jahre. Mit neuartigen Interventionen, etwa zur Betonung der Bedeutung von Regeln für ein friedliches Zusammenleben, einer Annäherung zwischen Polizei und Stadtbewohnern und einem transparenten Umgang mit Gewaltzahlen, hat Bürgermeister Antanas Mockus die Hauptstadt auf den Weg der Gewaltreduktion gebracht.

Eine Reihe verantwortungsbewusster Bürgermeister hat auch das Medellín von Drogenboss Pablo Escobar, das Anfang der 1990er-Jahre von Auftragskillern dominiert wurde, in ein modernes Modell städtischer Entwicklung verwandelt. Früher wurde das Herz der zentralen Anden-Kette häufig als «gefährlichste Stadt der Welt» bezeichnet, heute spricht man vom «Wunder von Medellín». Probleme mit Drogenbanden und Strassendelinquenz bestehen weiterhin, aber die Bewohner von Medellín haben Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu schauen. Vielleicht wiederholt sich diese Geschichte ja als «Wunder von Kolumbien».

**Dr. Enzo Nussio** ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich. Er hat mehrere Jahre in Kolumbien gelebt und dort [Ex-Kriegsteilnehmern und urbaner Gewalt geforscht](#).

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Christian Nünlist und Matthias Bieri  
Lektorat: Benno Zogg  
Layout und Infografiken: Miriam Dahinden-Ganzoni  
ISSN: 2296-0236

Feedback und Kommentare: [analysen@sipo.gess.ethz.ch](mailto:analysen@sipo.gess.ethz.ch)  
Bezug und Abonnement: [www.css.ethz.ch/cssanalysen](http://www.css.ethz.ch/cssanalysen)

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

**Bosnien: Stillstand trotz neuer strategischer Bedeutung** Nr. 190  
**Nordische Sicherheit: Eine Annäherung an die NATO?** Nr. 189  
**Obamas Aussenpolitik: Eine erste Bilanz** Nr. 188  
**Ein Nukleardeal für Pakistan?** Nr. 187  
**Herausgeforderte Koexistenz in Georgien** Nr. 186  
**Die britische Verteidigungsstrategie von 2015** Nr. 185